

Nr.:01/2024

05. Januar 2024

## Teilnahme an Protestaktionen, aber Abgrenzung zu Nötigungen und Störaktionen

Die im Dezember 2023 von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen bei der Agrardieselrückerstattung und der Kfz-Steuerbefreiung haben für spontane und beeindruckende Protestaktionen in Berlin, aber auch in der Fläche gesorgt. Dabei hat sich gezeigt, dass unerwartete Bündnisse möglich sind und großes Verständnis in der Bevölkerung für unser Anliegen herrscht. Leider wird der Protest auch von radikalen Randgruppen genutzt, um ihre politischen Ziele mitzutransportieren. **Das schadet unseren Anliegen und demokratischen Protesten.**

**Die gestrige Ankündigung der Regierungskoalition, die geplanten Kürzungen bei der Agrardieselrückerstattung und Kfz-Besteuerung teilweise zurückzunehmen, sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, reichen aber nach unserer Einschätzung nicht aus.** Die Steuerbelastung für Agrardiesel soll nach den neuesten Verlautbarungen der Bundesregierung in den kommenden Jahren steigen. Außerdem werden die gärtnerischen Betriebe zusätzlich verstärkt belastet, sei es durch die außerordentlichen CO<sub>2</sub>-Preissteigerungen, die besonders im energieintensiven Unterglas-Gartenbau belasten, die sich aber genauso auf die gesamte Logistik durch die CO<sub>2</sub>-gekoppelte Lkw-Maut auswirken. Auch wird sich die EU-Plastikabgabe auf die Kosten für Verpackungen auswirken. Zudem bleiben die Energieeffizienz-Förderprogramme laut aktuellem Stand auf Eis gelegt. Wir gehen derzeit davon aus, dass die Fördermittel hierfür deutlich abgesenkt werden.

Der Deutsche Bauernverband hält mit seinen Landesverbänden an der **Aktionswoche ab 8. Januar** fest. Diesen Aufruf unterstützen wir auch diesmal. Es ist wichtig, die Betroffenheit der gärtnerischen Betriebe deutlich zu machen. **Der ZVG und die Gartenbau-Landesverbände unterstützen gerne in der Argumentation.**

**Persönlichen Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen, Nötigungen oder Gewalt erteilen wir eine deutliche Absage!** Die Privatsphäre von Politikern und anderen öffentlichen Personen ist zu respektieren. Die persönlichen Angriffe auf Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in Schleswig-Holstein bei gleichzeitiger Gesprächsverweigerung sorgen für Unverständnis und verspielen Sympathiepunkte und vor allem Verhandlungsbereitschaft.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen:  
Aufklären und Überzeugen – Ja.  
Bedrängen und Bedrohen – Nein.

Wenden Sie sich gerne an Ihren **Bundestagsabgeordneten vor Ort**. Stellen Sie die Betroffenheit des Gartenbaus dar. Aktuell (05.01.2024) ist ein Verbändeschreiben an die Bundestagsabgeordneten in Abstimmung mit dem Ziel zu überzeugen, die von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen/Belastungen gänzlich zurückzunehmen. Dieses Schreiben werden wir Ihnen in der nächsten Woche als weiteren ZVG-Direkt für Ihre Argumentation zur Verfügung stellen.

Nutzen Sie außerdem Ihre **Kontakte zur lokalen Presse**, um die Auswirkungen der Entscheidungen für Ihren Betrieb zu verdeutlichen.